

60 Jahre  
Bundesrepublik Deutschland

20 Jahre  
Fall der Mauer

Ansprache von Helmut Weider

am 30. Oktober 2009

Gelnhausen, Main-Kinzig-Forum,  
BarbarossaSaal



A business card for Helmut Weider, a member of the Main-Kinzig-Kreis district assembly. The card features a logo with a stylized figure and a globe, and provides contact information for his office in Nidderau-Ostheim.

**Helmut Weider**  
Stadtrat a.D.

Finkenweg 12  
61130 Nidderau-Ostheim  
Tel.: 06187/1441, Fax: 06187/901534  
mobil: 0160/7414908  
www.helmutweider.de  
mail: helmutweider@t-online.de

Kreistags-  
abgeordneter  
Main-Kinzig-  
Kreis

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Gäste aus unserem Partnerkreis Gotha

als ältester Kreistagsabgeordneter bin ich gebeten worden, zu unserer Feierstunde 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 20 Jahre Fall der Mauer einen Rückblick zu halten.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und damit dem Ende des verbrecherischen Naziregimes herrschte in Deutschland die Stunde Null.

Alle Verwaltungsstrukturen waren zusammengebrochen und die gesamte Verwaltungstätigkeit wurde von den vier Besatzungsmächten ausgeübt.

Fast alle deutschen Städte waren durch alliierte Bombenangriffe zerstört.

In den Innenstädten konnte man nur noch vereinzelte Häuser stehen sehen. Überall waren Trümmerberge und Hausruinen zu sehen.

Kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner war auch Hanau in der Nacht vom 19. März 1945 völlig zerstört worden.

Die Menschen, die das Bombeninferno überlebt hatten hausten in den Ruinen oder waren auf die Dörfer und Kleinstädte evakuiert worden.

Durch Beschluss der Alliierten auf der Konferenz von Jalta vom 04. bis 11. Februar 1945 ging das eigentliche Ostdeutschland, alle Gebiete östlich von Oder und Neiße, für Deutschland für immer verloren.

Dafür musste Polen seine Ostgebiete an die Sowjetunion abtreten.

Alle Deutschen in diesen Gebieten wurden mit Zustimmung der Alliierten aus ihrer Heimat vertrieben.

Es wurden über 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene in das zerstörte Restdeutschland ausgewiesen und mussten untergebracht werden.

Die Heimatvertriebenen, die zuvor oft Hausbesitzer, Gewerbetreibende, Handwerker oder Bauern waren, kamen nur mit einem Koffer voll Habseligkeiten.

Von den jeweiligen Besatzungsmächten eingesetzte deutsche Wohnungskommissare besichtigten die Häuser und Wohnungen und bestimmten, wer wo einquartiert wurde.

Die Wohnungsbesitzer mussten einen Teil der Wohnfläche freigeben, um die Einquartierung der Heimatvertriebenen zu ermöglichen.

Sie, verehrte Anwesende, sollten sich vergegenwärtigen, was es heißt, wenn nächste Woche ein Wohnungskommissar bei Ihnen auftaucht und die Hälfte Ihrer Wohnung für wildfremde Menschen beschlagnahmen würde.

Es wurde aber damals als Folge des gemeinsamen Schicksals von den Betroffenen ohne Murren hingenommen.

1945 wurde das verbleibende Restdeutschland von den Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

Mitteldeutschland wurde mit den heutigen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen, sowjetische Besatzungszone.

England wurde Besatzungsmacht in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen,

die USA in: Hessen, Bayern und Württemberg.

Frankreich: in Baden und Rheinland Pfalz.

Das Saarland wurde politisch und wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen.

Berlin, das von der Sowjetunion erobert und besetzt war, wurde auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Viermächteabkommen in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

Ostberlin blieb sowjetische Besatzungszone, Westberlin wurde zwischen USA, England und Frankreich aufgeteilt.

Die vier Siegermächte waren gemeinsam für die Verwaltung Berlins zuständig.

Als Folge dieses Berlinabkommens, indem die Sowjets zwei Drittel Berlins an die Westmächte abtraten, mussten die Amerikaner Thüringen, das bis dahin von Ihnen besetzt war, als Ausgleich für Berlin, an die Sowjets abtreten.

Damit wurde Thüringen Teil der sowjetischen Besatzungszone. Dies war ein harter Schlag für die Menschen in Thüringen und natürlich auch für die Bewohner unseres Partnerkreises Gotha.

Sie wären natürlich lieber in der amerikanischen Besatzungszone geblieben und wären dann später Teil der Bundesrepublik geworden.

Während der Potsdamer Konferenz wurde über die Zukunft Deutschlands keine Einigung erzielt. Die Sowjetunion hatte in den osteuropäischen Staaten, die sie erobert und besetzt hatte, kommunistische Diktaturen errichtet.

Die Westmächte gingen auf Konfrontationskurs zur Sowjetunion und begannen ihre drei Besatzungszonen nach und nach zu einem Wirtschaftsraum zusammenzuschließen.

In Westdeutschland entstand 1947 eine gemeinsame Wirtschaftszone, die sogenannte Trizone.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass wir im Karneval 1948 alle einen Schlager sangen, an den sich die ältere Generation sicher noch erinnert.

Der Text lautete:

*Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien  
Wir haben Mägdelein mit feurig wildem Wesen  
Wir sind zwar keine Menschenfresser  
doch wir küssen umso besser.*

Denn trotz Trümmern, Elend, Hunger und großer Wohnungsnot, hatten die Menschen einen unbändigen Lebenswillen und aus Freude, dass sie diesen furchtbaren Krieg und die Nazi-Diktatur überlebt hatten, war die Lebensfreude groß.

In dieser Zeit, in der überall Mangel herrschte, und der Staat die Versorgung der Bürger mit Bezugsscheinen regelte, führte Ludwig Erhard als Direktor für Wirtschaft in der damaligen Trizone am 20. Juni 1948 die neue Währung, die Deutsche Mark (DM) ein.

Gegen massiven Widerstand befreite er die meisten Waren von der Bezugsscheinpflicht und gab ihren Verkauf frei.

Die Einführung der DM war der größte Erfolg in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands.

Am 20. Juni waren alle Bürger vom Baby bis zum Greis gleichgestellt, jeder bekam 40 DM ausgehändigt.

In den Rathäusern fand die Geldausgabe gegen Vorlage des Personalausweises statt. Kein Mensch hatte an diesem Tag mehr als 40 DM in der Tasche.

Schlagartig änderte sich das Marktgeschehen. Ab sofort konnte man für die neue harte DM alles kaufen.

Einen Tag nach der Währungsreform am 21. Juni boten die Geschäfte Waren an, die es einen Tag vorher nicht gegeben hatte.

Die Geschäftsleute hatten natürlich Warenbestände gehortet. Alles war wieder zu haben, Textilien, Schuhe, Lebensmittel. Nur jetzt war das Geld knapp.

Die Menschen waren damals wie elektrisiert. Jeder wollte DM verdienen, um sich seine Wünsche zu erfüllen und sie waren bereit, jede Arbeit anzunehmen.

Von diesem Augenblick an ging es aufwärts in Deutschland. Das deutsche Wirtschaftswunder begann.

Die Ärmel wurden aufgekrempt, in den Städten wurde ein Straßenzug nach dem anderen hochgezogen. Auf den Dörfern bauten sich die Leute Häuser in Eigen- und Nachbarschaftshilfe.

Man half sich gegenseitig. Dadurch waren viele Menschen ständig am Wochenende und nach Feierabend auf Baustellen tätig.

Auch Heimatvertriebene bekamen über Lastenausgleichszahlungen etwas Geld und bauten sich in Eigenhilfe Häuser in der neuen Heimat.

Sie schufen sich damit neues Eigentum und begannen ihre neue Heimat anzunehmen.

Um den Heimatvertriebenen, die alles verloren hatten, wenigstens eine Teil-Entschädigung zahlen zu können, wurde das Lastenausgleichsgesetz geschaffen.

Als Folge dieses Gesetzes mussten die westdeutschen Haus- und Grundstücksbesitzer festgelegte Beträge als Ausgleich dafür zahlen, dass sie ihr Eigentum behalten konnten, während die Heimatvertriebenen als Folge des gemeinsam verlorenen Krieges ihr gesamtes Vermögen verloren hatten.

Nachdem zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in den Jahren 1946 und 1947 verstärkt Spannungen auftraten, wurde von den Westmächten die Gründung eines demokratischen Westdeutschen Staates vorangetrieben.

Dieser Westdeutsche Staat sollte als Bollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus durch die Sowjetunion dienen.

Nach den Vorstellungen der Westmächte sollte Deutschland ein Bundesstaat nach dem Vorbild der USA werden.

Die Furcht vor einem zentralistischen Staat, in dem alle Macht in den Händen einer Regierung liegt, war der Grund dafür.

Nachdem Deutschland in zwei Weltkriegen nur unter großen Opfern besiegt werden konnte, befürchtete man das Wiederaufleben des deutschen Militarismus.

Das größte Land Deutschlands, nämlich Preußen mit seiner militärischen Tradition, wurde aufgelöst.

Es wurden neue Länder geschaffen, die es in dieser Form früher nicht gab, wie Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Nur zwei Länder behielten ihren alten Zuschnitt, Bayern und Schleswig-Holstein. Die Hansestädte Hamburg und Bremen erhielten den Status eines Bundeslandes, später galt dies auch in eingeschränkter Form für Westberlin.

Schon 1945, kurz nach dem verlorenen Krieg und der Stunde Null regte sich in Deutschland wieder das politische Leben, und es fanden Parteigründungen statt.

Als eine der ersten wurde die Traditionspartei SPD gegründet.

Aus dem früheren Zentrum und anderen konservativen Kräften entstand die CDU.

Weitere Parteigründungen waren die LDP, die sich später in FDP umnannte,

sowie die KPD und die Deutsche Partei und einige kleinere Parteien.

Nach der Bildung des Parlamentarischen Rates wurde dieser mit der Erarbeitung des Grundgesetzes beauftragt.

Staatsrechtler und führende Köpfe der Parteien, wie zum Beispiel Carlo Schmidt und Kurt-Schumacher von der SPD,

Konrad Adenauer und Hermann Ehlers von der CDU, und Theodor Heuß von der FDP

erarbeiteten das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat.

Dieses Grundgesetz sorgte in den vergangenen 60 Jahren dafür, das Deutschland ein stabiles und demokratisches Land geblieben ist.

Nachdem 1948 die Länderparlamente gewählt worden waren, entstand 1949 aus dem Zusammenschluss dieser Länder die Bundesrepublik Deutschland.

In der Wahl zum ersten deutschen Bundestag am 14.08.1949 ging die CDU/CSU als stärkste Partei hervor und bildete mit der FDP und der DP die erste Bundesregierung.

Zum Bundeskanzler wurde der damals schon 71-jährige Konrad Adenauer (CDU) gewählt.

Wirtschaftsminister wurde der populäre Ludwig Erhard (CDU), der Vater der sozialen Marktwirtschaft.

Zum 1. Bundespräsidenten wurde Theodor Heuß (FDP) gewählt.

In den folgenden Jahren gab es große Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag zwischen der SPD und der von Konrad Adenauer (CDU) geführten Regierung über den richtigen Weg, den die Bundesrepublik außenpolitisch nehmen sollte.

Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD und der SPD-Fraktion, war ein begabter Redner und lieferte Adenauer harte und temperamentvolle Redeschlachten.

In einem Redebeitrag, der ihm auch einen Verweis eintrug, bezeichnete er Adenauer als „Kanzler der Alliierten“.

Schumacher war nach heutigen Begriffen ein national denkender, antikommunistischer Sozialdemokrat.

Er wollte die Trennung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland nicht akzeptieren und widersetzte sich einer zu starken Westbindung, in der Hoffnung, in Verhandlungen mit der Sowjetunion die Zustimmung für einen neutralen ungeteilten deutschen Staat zu erreichen.

Adenauer als Rheinländer und früherer Oberbürgermeister von Köln, fühlte sich stärker zu den westlichen Demokratien hingezogen und setzte sich dafür ein, die Bundesrepublik durch Verträge fest an Westeuropa und die USA zu binden.

Die von Adenauer bevorzugte und betriebene Westbindung führte dazu, dass die Sowjetunion in den von ihnen besetzten Ländern am 07. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik DDR als zweiten deutschen Staat gründete.

Diese Staatsgründung liegt nun auch genau 60 Jahre zurück.

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten, war die Teilung Deutschlands vollzogen.

Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 vollzog sich der endgültige Bruch zwischen den westlichen Demokratien unter der Führung der USA und dem Ostblock unter Führung der Sowjetunion.

Mitten durch Deutschland ging nun der sogenannte „Eiserne Vorhang“

Auf beiden Seiten standen sich hochgerüstete Paktsysteme gegenüber, im Osten die Truppen des Warschauer Paktes und im Westen die Armeen der NATO.

Als Folge der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, verließen in den folgenden Jahren jährlich 200.000 bis 250.000 Bürger die DDR und wanderten in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft in die Bundesrepublik ein.

Im Sommer 1961 entschied das Zentralkomitee unter dem 1. Sekretär Walter Ulbricht durch die Errichtung einer Mauer und eines Grenzzaunes diese Abwanderung zu beenden.

Am 13. August 1961 wurde die innerdeutsche Grenze durch bewaffnete Einheiten abgeriegelt und Berlin durch den Bau einer Mauer geteilt, gleichzeitig wurde entlang der Grenze zur Bundesrepublik ein Grenzzaun mit Wachtürmen und Todesstreifen errichtet.

Damit war die endgültige Teilung Deutschlands vollzogen und der Traum einer Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt.

Obwohl alle Politiker der Bundesrepublik immer wieder in ihren Reden das Ziel der Deutschen Einheit beschworen, glaubte niemand daran, dass dies in absehbarer Zeit möglich sei.

Nach 40 Jahren westdeutsche Bundesrepublik und deutsche demokratische Republik trat das von **NIEMAND** erwartete Wunder ein.

Der heldenhafte gewaltlose Widerstand der Bürger der DDR und ihre großen Demonstrationen insbesondere im Jahr 1989 führten am 18. Oktober 1989 zum Sturz von Erich Honecker.

Sein Nachfolger Egon Krenz konnte die emotional geladen Stimmung der Bürger nicht beruhigen.

Das führte zur denkwürdigen Pressekonferenz mit Günter Schabowski am 09. November 1989, in der er die Reisefreiheit verkündete.

Auf Nachfrage eines Journalisten, „wann tritt das in Kraft?“, antwortete er, „Das gilt nach meiner Kenntnis unverzüglich.“

Schon gegen 20.30 Uhr treffen die ersten DDR-Bürger am Grenzübergang Bornholmer Straße ein um zu sehen, was nun los ist. Um Mitternacht sind alle Grenzübergänge der Stadt geöffnet.

Damit fiel nach über 28 Jahren die Mauer, die Deutschland in zwei Teile trennte, viele Menschenleben kostete und viele Familien auseinanderriss.

Deshalb ist der 9. November für alle Deutschen ein besonderer Tag.

Denn dieser Tag ermöglichte ein Jahr später am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten.

Über die Öffnung der Grenze durch die DDR verfiel ganz Deutschland in einen Begeisterungsrausch.

Die Ostberliner kletterten über die Mauer und wurden von den Westberlinern begeistert empfangen.

In den folgenden Tagen und Wochen fuhren ganze Trabikolonnen in Richtung Westen.

Als ich kurz nach Grenzöffnung in Nordhessen war, fuhr ich oft an hunderten von Trabis vorbei.

Alle grüßen freudig und die Westdeutschen grüßten begeistert zurück.

Diese Begeisterung führte zu dem Ausspruch von Willy Brandt „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!“.

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl und die Bundesregierung wurden von der Entwicklung in der DDR überrascht!

An dem Abend der Maueröffnung befand sich Helmut Kohl auf Staatsbesuch in Polen.

Auf Grund der Ereignisse unterbrach er seinen Staatsbesuch und flog sofort nach Berlin um am Ort des Weltereignisses dabei zu sein.

Mitgerissen und begeistert von den Rufen von 10.000den Menschen und ihrem Ruf: „Wir sind das Volk“ der dann übergang zu dem Ruf: „Wir sind ein Volk“, reifte in ihm der Entschluss, alles zu tun, die beiden Teile Deutschlands wieder zu vereinen.

Am 28. November 1989 präsentierte Helmut Kohl im Bundestag ein 10-Punkte-Programm als Vorschlag einer Konföderation zwischen der DDR und der BRD.

Allerdings forcierte die Kohl-Regierung nicht nur die innerdeutschen Bemühungen, sondern suchte sich auf Rückendeckung bei der Sowjetunion und den Westmächten.

Am erstaunlichsten war sicherlich, dass es Helmut Kohl und seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher gelang, der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow (Generalsekretär)die Aussage abzurufen, dass sie sich unter bestimmten Umständen einer Wiedervereinigung nicht in den Weg stellen würde.

In intensiven Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush

*(George Herbert Walker 41. Präsident der USA von 1989 bis 1993)*

und dem französischen Präsidenten

François Mitterand

*(Präsidentin Frankreich von 1981 bis 1995)*

und der englischen Premierministerin

Margaret Thatcher

*(Premierministerin von 1979 bis 1990)*

konnte Helmut Kohl nach und nach ihre Zustimmung zu den sogenannten **2-PLUS-4**-Verhandlungen erreichen.

In diesen Verhandlungen einigte sich man darauf, den Modus der Wiedervereinigung den Deutschen zu überlassen.

Die Verhandlungen mit der am 18. März 1990 aus freien Wahlen hervorgegangenen DDR-Regierung unter Lothar de Maizière führten am 3. Oktober 1990 zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

Ab diesem Datum waren die beiden deutschen Staaten wieder vereint und die DDR hatte aufgehört zu existieren.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde im Einigungsvertrag übernommen und gilt ab dem 03. Oktober 1990 für alle Menschen in unserem wiedervereinten Deutschland.

und für alle diese Menschen gilt der

Artikel 1 unseres Grundgesetzes:

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
Sie zu achten und zu schützen  
ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt**

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche unserem Land weiterhin Frieden und eine glückliche Zukunft.

Text: Helmut Weider [www.helmutweider.de](http://www.helmutweider.de)

Digitale Aufbereitung: Schreibbüro Rehrauer [www.rehrauer.de](http://www.rehrauer.de)

Oktober 2009